

Von *Rita Nandy Hannoversche Allgemeine Zeitung*: 13.07.2019

Politiker wollen Radwege in der Stadt verbessern

Wunstorf bietet für Radfahrer gute Radwege. SPD, CDU, Grüne, FDP und AfD sehen aber auch noch Handlungsbedarf. Zu oft wird aus Sicht des Autofahrers geplant. Es fehlen auch Abstellplätze am Bahnhof.



Der Schwenk für Radfahrer auf die Neustädter Straße stellt nach Einschätzung der CDU eine Gefahr dar. Quelle: Sven Sokoll

Wunstorfer sind gerne mit dem Fahrrad unterwegs. Die Stadt verfügt über tolle Radwege, aber es gibt auch Handlungsbedarf. Darüber sind sich SPD, Grüne, CDU, FDP und AfD größtenteils einig. „Wunstorf ist eine der besten Fahrradstädte in der Region Hannover“, schreibt die SPD-Fraktionsvorsitzende Kirsten Riedel. Die Stadtverwaltung habe 2017 den Preis als fahrradfreundlichster Arbeitgeber erhalten. Beim Ranking der Städte mit dem besten Fahrradklima belegte Wunstorf 2012 den 17. Platz von 252 Städte und Gemeinden mit unter 100.000 Einwohnern.

Grünen-Fraktionssprecherin Anne Dalig unterscheidet zwischen Freizeitfahrern und Radfahrern, die zum Einkaufen oder auf dem Weg zur Arbeit sind. Wunstorf verfüge über schöne Wirtschaftswege und Strecken für einen entspannten Ausflug. Wenn diese jedoch mit groben Kies geschottert werden, führe dies leicht zu Stürzen. Für Radler, die auf dem Weg zur Arbeit sind, fehlten zudem sichere Abstellmöglichkeiten. Außerdem seien Wege als Radstreifen auf der Straße zu gefährlich. Damit Autofahrer aufs Fahrrad umsteigen würden, müssten mehrere Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehörten gute Radwege und

sichere Abstellmöglichkeiten. Plätze für Räder fehlten am Bahnhof, wie auch in der der Innenstadt, sagt die Grünen-Fraktionssprecherin.

Es gebe derzeit kein durchgehende Fahrradnetz, kritisiert FDP-Sprecher Thorben Rump. Radfahrer müssten sich die Wege in der Regel immer mit Fußgängern und Autofahrern teilen, wobei der Platz für sie oftmals am engsten bemessen sei.



Bei der Radtour des Ortsrates Wunstorf weist Kirsten Riedel (SPD) auf die mangelnden Abstellmöglichkeiten für Fahrräder hin. Quelle: Rita Nandy

ÖPNV muss verbessert werden

Die SPD lobt die bisherigen guten Aktionen der Stadt. Das Stadtradeln sollte unbedingt fortgesetzt werden. Zudem sollten Bürger die Möglichkeiten haben, unter dem Stichwort „Wunstorf – deine Fahrradstadt“ Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen zu können.

Die CDU fragt sich beispielsweise, warum die Fahrradmitnahme im Zug erst ab 8.30 Uhr kostenlos ist und es keine extra Waggons für Fahrräder gibt. „Man muss es den Menschen so komfortabel wie möglich machen, um das Verhalten zu ändern“, sagt CDU-Ratsfrau Christiane Schweer. Einen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), besonders die Verbindung zu umliegenden Kommunen, wünschen sich die Grünen. Ebenso wie auch einen Fahrradverleih am Bahnhof. Sie haben auch den Antrag gestellt, dass Servicestationen für Radfahrer zunächst in der Kernstadt und in Steinhude entstehen. Mit ihrem Vorschlag, die Steinhuder Meer Bahn zu reaktivieren, scheiterten sie jedoch im Rat.

Nicht durchsetzen konnte sich die CDU zudem bei der sogenannten Barne-Unterführung. Die jetzige Situation sei weder für Rad- noch für Autofahrer optimal. Selbstkritik an der Politik äußert Schweer im Auftreten gegenüber der Region Hannover. „Das Beispiel Neustädter Straße zeigt eindrucksvoll, wo es endet, wenn die Wunstorfer Parteien und Politiker kein einheitliches Signal nach Hannover senden. Da müssen wir besser werden.“

Radverkehrskonzept muss weiterentwickelt werden

Unterstützung von der Mehrheitsgruppe aus SPD, Grüne und FDP hätten sich die Christdemokraten beim Thema kostenloses Parken von Elektroautos in der Innenstadt gewünscht. „Das wäre ein kleiner Beitrag für die Mobilität der Zukunft gewesen.“ SPD und FDP setzen auf den ÖPNV und preiswertere Fahrkarten.

FDP-Mitglied Rump schlägt eine Wunstorf- oder Steinhude-Card für Touristen vor, die die Nutzung des ÖPNV beinhaltet. Das Radverkehrskonzept Wunstorf müsse weiter entwickelt werden, sagt die SPD. Die AfD wünscht sich verbesserte Taktzeiten bei Bus und Bahn. Das Angebot auf dem Land biete keinen echten Anreiz, das Auto stehen zu lassen. Da könnten Verleihstationen für Fahrräder, Pedelecs, E-Scooter aber auch Autos Abhilfe schaffen, glaubt die FDP. Zudem müssten die veralteten Vorderradständer durch moderne Fahrradbügel ersetzt werden.

Klimafreundliche Mobilität scheitert nicht am Geld

Am Geld scheitere eine klimafreundliche Mobilität nicht. „Wir müssen unsere Gewohnheiten verändern“, fordert Riedel. Für 2019 stünden im Bundeshaushalt 30 Milliarden Euro zur Verfügung. Doch immer noch seine Busse von Regiobus mit Diesel im Stadtgebiet unterwegs. „Warum fahren sie nicht bereits elektrisch oder mit Wasserstoff?“, fragt Schweer.

Dalig ist sich sicher: „Es ist leicht den Verkehr auf die Schiene zu bringen, wenn die Subventionen, die in der Autoindustrie landen, in den Streckenausbau der Bahn und den Bau von Fahrradschnellwegen umgeleitet werden.“ Wischhöver glaubt, dass das Geld zumeist für falsche Projekte verschwendet werden. Für einen Umstieg auf E-Mobilität sei beispielsweise das Stromkabelnetz nicht ausreichend.

Politiker befürworten eine Expertenrunde

Der Idee, eine Expertenrunde aus Vertretern von Stadt, Politik, Polizei und ADFC zu gründen, um Schwachpunkte für Radfahrer in der Stadt aufzuzeigen, begrüßen die Gefragten. Dazu sollten auch Bürger gehören, schlägt die SPD vor. Daneben möchte die FDP auch noch Seniorenvertreter und Mitglieder des Jugendparlaments mit ins Boot holen. Die CDU warnt jedoch davor ein Gremium zu gründen, dem die politische Durchschlagskraft fehlt. Die Ergebnisse dürften nicht im politischen Alltag untergehen.